

Zustimmungserklärung - Landesliste -

Wahl zum **21.** Hessischen Landtag am

Familienname, Rufname¹⁾

Tag der Geburt und Geburtsort

Beruf oder Stand

Hauptwohnung (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)

Ich stimme meiner Benennung als Bewerberin oder Bewerber in der **Landesliste** der

Name der Partei oder Wählergruppe sowie Kurzbezeichnung

zu.

Ich versichere, dass ich für keine andere Landesliste meine Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber gegeben habe.

☐ Ich bin außerdem im Kreiswahlvorschlag derselben Partei oder Wählergruppe im Wahlkreis

Nummer, Name

als

☐ Bewerberin oder Bewerber

☐ Ersatzbewerberin oder Ersatzbewerber

vorgeschlagen.

☐ Für eine Benennung in einem Kreiswahlvorschlag habe ich keine Zustimmung erteilt.

Mir ist bekannt, dass der Erwerb der Rechtsstellung einer oder eines Abgeordneten nach § 38 Abs. 1 des Landtagswahlgesetzes kraft Gesetzes erfolgt, ohne dass es einer besonderen Annahme bedarf. Gewählte Bewerberinnen und Bewerber erwerben die Rechtsstellung einer oder eines Abgeordneten mit der Feststellung des Wahlergebnisses im Lande durch den Landeswahlausschuss, jedoch nicht vor Ablauf der Wahlperiode des letzten Landtags.

Datum

Persönliche und handschriftliche Unterschrift

¹⁾ Einen Ordens- oder Künstlernamen, der im Pass-, Personalausweis- oder Melderegister eingetragen ist sowie in der Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge und auf dem Stimmzettel angegeben werden soll, bitte in Klammern nach dem Rufnamen eintragen.

Informationen zum Datenschutz

Für die in Ihrer Zustimmungserklärung angegebenen personenbezogenen Daten gilt:

1. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber nach § 18 Abs. 4 des Landtagswahlgesetzes (LWG) nachzuweisen.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von § 1 Abs. 8 Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und Artikel 9 Abs. 2 Buchstabe g Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit §§ 18, 21, 24, 25 und 26 LWG und den §§ 33 bis 35 Landeswahlordnung (LWO).

Ihre personenbezogenen Daten werden auch für die öffentliche Bekanntmachung der vom Landeswahlausschuss zugelassenen Landeslisten nach § 27 LWG in Verbindung mit § 36 LWO und für die Erstellung der Stimmzettel nach § 28 LWG in Verbindung mit § 37 LWO verarbeitet.

2. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Die Zustimmungserklärung ist aber nur mit diesen Angaben gültig.

3. Verantwortlich für die Verarbeitung der mit Ihrer Zustimmungserklärung angegebenen personenbezogenen Daten ist die die Landesliste einreichende Partei oder Wählergruppe (¹⁾.

Nach Einreichung der Landesliste beim Landeswahlleiter (Postanschrift: Landeswahlleiter für Hessen, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden, E-Mail: wahlen@hmdis.hessen.de) ist dieser für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten sind der Landeswahlausschuss (Postanschrift: c/o Landeswahlleiter, siehe Nr. 3). Ihre personenbezogenen Daten werden auf Servern von ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (Körperschaft des öffentlichen Rechts) gespeichert.

Im Falle von Wahleinsprüchen können auch das Wahlprüfungsgericht beim Hessischen Landtag, die sonstigen nach dem Wahlprüfungsgesetz an dem Verfahren Beteiligten sowie der Staatsgerichtshof des Landes Hessen, in anderen Fällen auch andere Gerichte Empfänger der personenbezogenen Daten sein.

Die personenbezogenen Daten in den vom Landeswahlausschuss zugelassenen Landeslisten werden öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachungsform ist nach § 53 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 LWG geregelt.

5. Die Frist für die Speicherung der personenbezogenen Daten richtet sich nach § 76 Abs. 3 LWO. Wahlunterlagen können sechzig Tage vor der Wahl des neuen Hessischen Landtags vernichtet werden. Der Landeswahlleiter kann zulassen, dass die Unterlagen früher vernichtet werden, soweit sie nicht für ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren oder für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

Für die Bekanntmachungen im Internet richtet sich die Frist für die Speicherung der personenbezogenen Daten nach § 53 Abs. 5 Satz 3 Nr. 4 LWG. Danach sind personenbezogene Daten in öffentlichen Bekanntmachungen der zugelassenen Wahlvorschläge spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses, in öffentlichen Bekanntmachungen des Wahlergebnisses und der gewählten Bewerberinnen und Bewerber sowie über die Nachfolge von Abgeordneten nach § 40 Abs. 2 LWG spätestens sechs Monate nach Ende der Wahlperiode zu löschen.

6. Nach § 1 Abs. 8 HDSIG in Verbindung mit Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen.
7. Nach § 1 Abs. 8 HDSIG in Verbindung mit Art. 16 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dadurch wird Ihre Zustimmungserklärung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber nicht zurückgenommen. Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bis zum Ablauf des Wahltags können Sie die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten nur unter den Voraussetzungen des § 24 LWG verlangen.
8. Nach § 1 Abs. 8 HDSIG in Verbindung mit Art. 17 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind und die Speicherfrist abgelaufen ist, Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet wurden oder der Verantwortliche zur Löschung verpflichtet ist. Dadurch wird Ihre Zustimmung als Bewerberin oder Bewerber nicht zurückgenommen.
9. Nach § 1 Abs. 8 HDSIG in Verbindung mit Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden. Sie können die Einschränkung der Verarbeitung auch dann verlangen, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind. Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bis zum Ablauf des Wahltags können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nur unter den Voraussetzungen des § 24 LWG verlangen. Durch einen Antrag auf Einschränkung der Verarbeitung wird Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber nicht zurückgenommen.
10. Beschwerden können Sie an den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Postanschrift: Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden; E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de) und gegebenenfalls an die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten des jeweils für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (siehe oben Nr. 3) richten.

¹⁾ Name und Kontaktdaten der Partei oder Wählergruppe eintragen.